

Gegen Hass im Netz

Podiumsdiskussion am 4. Juli 2016 im Justizpalast mit:

Justizminister Wolfgang Brandstetter, Frauenministerin Sabine Oberhauser, Familienministerin Sophie Karmasin, Staatssekretärin für Digitalisierung Muna Duzdar, Kurierredakteur Stefan Kaltenbrunner, Profilverdakterin Inge Brodnig. Moderation Martina Salomon.

Brodnig zeigt in ihrem Impulsstatement wie leicht es sei im Netz Hass auf sich zu ziehen. Sie schildert das Beispiel einer Caritasmitarbeiterin, die für die Unterstützung von Flüchtlingen eine Facebookseite „Wir helfen“ installierte und mit Hasspostings überhäuft wurde, die darin gipfelten „*Sie sollen sich nicht wundern wenn ihren Kinder etwas passiert*“. Brodnig sieht die schriftliche Kommunikation im Internet als Teil des Problems. Die Unsichtbarkeit im Netz führe zur Enthemmung und es sei leicht möglich sich in etwas Hineinzusteigern. Es entstünden digitale „Echokammern“, wo die Benutzer nur die Art an Informationen erhalten, die ihrer Gesinnung entsprechen. Das treibe die Radikalisierung voran. Die Gesellschaft müsse Schimpfwörter ernster nehmen, denn ihr fortdauernder Gebrauch treibe die Radikalisierung voran. Facebook müsse seine Verantwortung ernster nehmen, das funktioniere derzeit nur unzureichend. Hier müsse die Politik mehr Druck machen.

Kaltenbrunner bestätigt eine Zunahme von Hassorgien, verstärkt durch den Bundespräsidentenwahlkampf. „Flüchtlingskinder solle man lieber ersaufen lassen als ihnen Gratischwimmkurse anzubieten“. Der Kurier habe deswegen gemeinsam mit dem Profil eine Gegenoffensive gestartet. In den Medien müssten immer mehr Leute eingesetzt werden, die ausschließlich Hasspostings herausfiltern und entfernen.

Brandstetter bekräftigt, dass den Beamten seines Ministeriums das Thema ein großes Anliegen sei. Er freut sich über die vielen Zuhörer/innen im Saal. In einigen Bereichen wurden die Tatbestände verschärft, das Gesetz trat mit 1. 1. 2016 in Kraft. Cybermobbing werde nun verfolgt. Auch auf Facebook gelten die allgemeinen Gesetzesregeln. Es fanden bereits Gespräche mit Facebook statt und seinem Eindruck nach bemühe man sich dort, könnte aber noch mehr tun. Bei seiner Matura vor 40 Jahren mussten sie sich mit dem Roman von Heinrich Böll „Die verlorene Ehre der Katharina Blum“ befassen. Die Mechanismen hätten sich seit damals im Grundsätzlichen nicht geändert.

Oberhauser berichtet von Hasspostings an sie, die das Tabakgesetz auslöste. Zeitlich fiel das mit der Bekanntgabe ihrer Krankheit zusammen. Viele Hasspostings kämen von Frauen. Leider werde vieles nicht gelöscht. Ihr Ministerium hat eine Hotline eingerichtet und einen Frauennotruf. Es werde eine gemeinsame Initiative mit dem Innenministerium gestartet, im Ministerrat werde ein Antrag eingereicht.

Karmasin setzt sich für eine stärkere Betonung der Tatsache ein, dass wir nicht in einer Welt leben wollen in der derartige Verletzungen stattfinden. Opfer von Hassattacken würden oft aus Scham schweigen, sie sollten aber darüber reden und sich dagegen stellen. Kinder seien besonders betroffen, sie wüssten oft nicht wem sie sich anvertrauen sollen, denn sie fürchten sich vor Vorhaltungen der Eltern. „*Mit wem gibst du dich da überhaupt ab? Ich hab dir immer gesagt, du sollst nicht so viel vor dem Computer sitzen*“ Es wurde ein „No Hate Speech Komitee“ als Serviceeinrichtung gegründet. Den Schulen werden Workshops angeboten. Jugendliche sollten mutig auftreten.

Duzdar findet die vorhandenen Gesetze gut, sie müssten nur richtig angewendet werden. Die Diskussion müsste auf breiter Ebene geführt werden. Leider verwendeten rechtsextreme Gruppen im Schutze der Anonymität die sozialen Medien als Propagandamittel. Soziale Medien sollten aber ein Ort der Freiheit bleiben. Digitale Zivilcourage müsste gestärkt werden. Es gelte herauszufinden, wie Falschmeldungen als solche identifiziert werden können und wie man wirkungsvoll dagegen auftreten könne.

Gewaltbereite Gruppen seien in der Minderheit, meint **Brodnig**, aber sie senden enorm viele Postings. In Europa setze man sich für Gesetze gegen Hassreden ein, in den USA werde das abgelehnt. Man solle den Umgang mit Anzeigen erleichtern. **Oberhauser** kritisiert das Kursieren von Falschmeldungen über Personen, z. B. über Präsidentschaftskandidat van der Bellen dem Krankheit und Demenz angedichtet werde. **Karmasin** appelliert an die Medien vorsichtig zu sein welche Meldungen sie weiter geben. **Brandstetter** meint, persönliche Hasspostings seien ihm egal, aber wenn das Strafvollzugssystem gezielt schlecht gemacht werde, sei das sehr ärgerlich.

Durch die Einbeziehung des **Publikums** werden folgende Themen angesprochen. Ein Teilnehmer verweist auf die problematische Sprache im Parlament, ein anderer auf Hasspostings, die Politiker auf ihren Webseiten stehen lassen. Ein Teilnehmer fragt, ob man Postings zurückverfolgen könne, ein anderer, was auf europäischer Ebene geschehe. Ein Lehrer von Teach for Austria bedankt sich bei Karmasin für die Möglichkeit einen Workshop buchen zu können. Eine Teilnehmerin fragt, ob eine Hassrede zur Meinungsfreiheit gehöre.

Karmasin bestätigt die teilweise untragbare Ausdrucksweise von Abgeordneten. **Brandstetter** erläutert, dass man gegen Personen vorgehen könne die Hasspostings stehen lassen. Auf EU Ebene gebe es seit einem halben Jahr Gespräche der zuständigen Kommissarin. Österreich war schon früher aktiv und habe jetzt Rückendeckung durch die EU. **Duzdar** meint, Hasspostings seien schwer zurück zu verfolgen. Nicht vergessen dürfe man systematische Falschmeldungen. **Kaltenbrunner** sieht das Rückverfolgen als kompliziertes aber nicht unmögliches Verfahren. **Brodnig** bedauert, dass man gegen „übel Nachrede“, z.B. die Verbreitung von Gerüchten derzeit wenig tun könne, die Staatsanwaltschaft könne nicht tätig werden. **Brandstetter** entgegnet, dass das Delikt der üblen Nachrede und der „hate speech“ (Hassrede) durch den Cybermobbing-Paragrafen abgedeckt werde. Mit Meinungsfreiheit müsse man verantwortungsvoll umgehen und immer auf der sachlichen Ebene bleiben appelliert **Duzdar**. **Oberhauser** schließt sich dem an. Hasspostings würden sich so mit der Zeit totlaufen. „Meinungsfreiheit ist ja keine Narrenfreiheit“ meint **Brodnig** zum Abschluss.

Dr. Christine Krawarik